

Klimadebatte als Sessionsauftakt – alles wie gehabt!

Mit der Initiative zum Vaterschaftsurlaub und der Begrenzungsinitiative dominieren die Debatten um moderne Familienpolitik sowie unser Verhältnis zu Europa den Nationalrat.

Schon am ersten Sessionstag gingen die Wogen hoch. Die Verlängerung der Steuererleichterungen für umweltfreundliche Treibstoffe stand zur Debatte. Dies war unbestritten. Gleichzeitig sollte aber die Chance gepackt werden, um den Klimafahrplan anzupassen, damit die Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden. Die FDP blieb zusammen mit der SVP auf ihrem minimalistischen Kurs und lehnten mit knapper Mehrheit alle Massnahmen für griffigere Klimaziele ab. Es bleibt die Hoffnung auf den Ständerat, der in der letzten Sessionswoche das CO₂-Gesetz berät.

Wer hätte das gedacht, dass ich im Nationalrat die Rechte der Männer vertrete! Tatsächlich wäre ich diese Woche lieber für eine Elternzeit eingestanden, die diesen Namen verdient. Männer und Frauen müssen endlich bei der Erziehungsarbeit gleichberechtigt Verantwortung übernehmen und die Erziehungsbeteiligung der Väter muss zur Selbstverständlichkeit werden. Eine kürzlich herausgekommene UNICEF-Studie zur Familienfreundlichkeit von 31 europäischen Ländern stellt der Schweiz ein schlechtes Zeugnis aus: Sie rangiert auf dem letzten Platz. Als einziges europäisches Land kennen wir weder einen Vaterschaftsurlaub noch eine Elternzeit. Die Argumente gegen einen vierwöchigen Urlaub sind unglaublich radikal, wirtschaftsfeindlich und zu teuer. Die Fakten sehen aber anders aus. Vier Wochen Vaterschaftsurlaub kosten der Wirtschaft gerade mal ein Lohnpromille. Wer allen Ernstes behauptet unsere Wirtschaft könne sich das nicht leisten, hält wenig von ihrer Leistungsfähigkeit. Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen, die dem Bund sogar 38 Wochen Elternzeit empfiehlt, schreibt: «Eine mehrmonatige Elternzeit würde zu mehr Arbeitskräften und mehr Steuereinnahmen führen, und schon die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen um ein Prozent würde die Kosten der Elternzeit decken.» Wir sind allerdings noch lange nicht so weit. Die von der Initiative vorgeschlagenen vier Wochen Vaterschaftsurlaub, wurden abgelehnt. Mehrheitsfähig ist lediglich ein zweiwöchiger Kurzurlaub. Das letzte Wort hat voraussichtlich das Volk, denn die Initiative wird aufgrund dieses wenig mutigen Gegenvorschlages kaum zurückgezogen.

Die Begrenzungsinitiative steht ebenfalls auf der Traktandenliste. Erstmals liegt mit der Initiative die Kündigungsforderung der Personenfreizügigkeit klar auf dem Tisch. Der bilaterale Weg wäre damit am Ende, denn mit dem Freizügigkeitsabkommen würden auch sechs weitere Verträge mit der EU zu Makulatur. Der Schaden für die Schweizer Volkswirtschaft, aber auch für den Forschungsstandort wäre immens. Mit der Annahme der Kündigungsinitiative würden auch die flankierenden Massnahmen fallen, die den Lohnschutz für Arbeitnehmende garantieren. Der Bundesrat hat aber aufgrund der Erfahrungen der Masseneinwanderungsinitiative seine Lehren gezogen und schlägt dieses Mal sozialpolitische Massnahmen. Damals haben viele über 55-Jährigen der Initiative zugestimmt aus Angst vor einem Arbeitsplatzverlust. Unter anderem sollen ausgesteuerte Arbeitslose, die älter als sechzig Jahre sind, eine Überbrückungsrente erhalten und Beschäftigte über vierzig Jahre sollen sich kostenlos zu ihrer Laufbahn beraten lassen können. Das geht in die richtige Richtung, denn eine aussenpolitische Öffnung ist in der Bevölkerung nur mit sozialer Absicherung mehrheitsfähig.